

Sozialistische Alternative aufbauen

Nach den Wiener Wahlen ist die blauschwarze Regierung geschwächt. Aber auch diese Chance ist - nach anderen im letzten Jahr - vertan worden. Die Regierung ist immer noch da und versucht, mittels Kindergeld wieder an Boden zu gewinnen. Es drängt sich die Frage auf: Gibt es eine ernst zunehmende Opposition?

SONJA GRUSCH, SLP WIEN NORD

Die parlamentarische "Opposition" ist inhaltlich de facto keine und beschränkt sich auf Anträge im Parlament und Presseaussendungen. SPÖ und Grüne füllen auf den "Sanktions"-Schmäh der Regierung herein. Gusenbauer mittels Europatour, die Grünen mittels dringlicher Anfrage "an den Bundeskanzler betrefts persönliche und politische Verantwortung für den wirtschaftlichen Schaden und die außenpolitische Isolierung Österreichs auf Grund der Haider-Schüssel-Regierungsbildung". Erst langsam wurden von der SPÖ soziale Themen aufgegriffen. Hat gerade jene Partei, die jahrzehntelang Privatisierung und Sozialabbau vorangetrieben hat, nun ihr soziales Gewissen wieder entdeckt? Bei näherem Hinsehen entpuppt sich die SPÖ nach wie vor als Vollstreckerin neoliberaler Politik. Sie hält an der angeblichen Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung fest. Auch wenn die SPÖ sich zur Zeit mit "sozialen" Vorschlägen (gegen Ambulanzgebühr, für Grundeinkommen) in die Medien bringt, belehrt uns ein Blick auf ihre konkrete Politik (der Vergangenheit wie auch der Zukunft) eines Besseren. In der Vergangenheit: Ausverkauf der Verstaatlichten, Sparpakete, Bildungsabbau, rassistische ImmigrantInnenpolitik etc. In der Gegenwart in Wien, wo die SPÖ an der Macht ist: Erhöhung des Kindertengeldes, Erhöhung der Kinderzahl in Integrationsgruppen, teure Gemeindewohnungen, Ausgliederungen etc.

Die Kritik an der Regierung: trotz massiver Belastung würde das Nulldefizit nicht erreicht (Edlinger). Im Klartext heißt das, würde das Nulldefizit erreicht, würde man/frau Belastungen in Kauf nehmen.

GRÜNE OPPPOSITION - WENN ÜBERHAUPT, DANN NUR IM PARLAMENT

Die Opposition der Grünen konzentriert sich nach wie vor auf das Umweltthema, soziale Fragen stehen am Rand. Von den

ihre "Opposition" in parlamentarischer Arbeit. Besonders die SPÖ versucht sich hier noch als besonders konstruktiv zu präsentieren und bietet bezüglich der EU-Erweiterung der Bundesregierung die Bildung einer "Plattform" an. Der Inhalt z.B. "Keine undurchdachten Privatisierungen" – also pro durchdachte – und "Bekämpfung der Schwarzarbeit" – wobei die Täter aber

der beiden Parteien hat gegen diese Angriffe mobilisiert und Aktivitäten gesetzt. Die Verteidigung von Rechten hat sich für sie auf parlamentarische Arbeit beschränkt. Den Unmut und Widerstand den es gab, wurde nicht aufgegriffen, sondern bestenfalls ignoriert. Bei den Grünen wurde Van der Bellen nach einer Meldung gegen die Donnerstagsdemonstrationen zurückgepfif-

KEIN ERSATZ FÜR AKTIVITÄT

Die Maßnahmen der Regierung können nicht durch Anträge im Parlament zurückgeschlagen werden. Solche Anträge können genutzt werden, um auf ein Thema aufmerksam zu machen, aber nicht als Ersatz für Aktivitäten außerhalb des Parlaments. Die Verbesserungen, die im 20. Jahrhundert erreicht wurden, sind nicht das Produkt von konsequenter parlamentarischer Arbeit. Diese Erfolge sind erkämpft worden, durch Demonstrationen und Streiks, organisiert von ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften. Beschlossen wurden sie zwar im Parlament, aber der Druck bzw. zumindest der potentielle Druck von außerhalb hat das erst möglich gemacht. Auch heute ist die Regierung deshalb noch im Amt, weil die Opposition gegen sie auf wirksame Kampfmittel verzichtet. "Streik" ist weder die Lösung aller Probleme, noch ein einfaches Mittel. Um Zwangarbeit für Arbeitslose, um Autobahnvignetten, um Studiengebühren, um frauenfeindliche Politik zurückzuschlagen, sind aber Anträge im Parlament offensichtlich auch nicht ausreichend.

WIRKLICHE OPPPOSITION AUFBAUEN?

Echte Opposition braucht die richtigen Ideen und die richtige Methode, um etwas erreichen zu können. Die SPÖ als ArbeiterInnenpartei, die sich in der Vergangenheit für Verbesserungen eingesetzt hat, gibt es in dieser Form nicht mehr. Eine Partei, die ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche und ImmigrantInnen zusammenfasst. Eine Partei, die sich nicht an der Logik des Marktes orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Eine Partei, die nicht FÜR sondern MIT Menschen Ziele erkämpft. Eine Partei, die sich nicht auf Anträge im Parlament beschränkt, sondern Widerstand mit den Betroffenen organisiert. Eine Partei, die für Solidarität und Sozialismus statt Rassismus und Sozialabbau steht. Eine solche Partei ist notwendig. Nur eine sol-



Unsere Opposition und Ihre!

13 im März und April eingebrachten Anträgen der Grünen waren zwei zu sozialen Fragen. Das ist nicht verwunderlich, denn letztlich setzen sich bei den Grünen in der Praxis stets die „Pragmatiker“ durch, d.h. der rechte Flügel. Auch wenn Van der Bellen ein netter und integerer Mann ist, ändert das nichts daran, dass er für eine pro-kapitalistische Politik steht. Und das bedeutet Politik auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

KANN OPPPOSITION IM PARLAMENT FUNKTIONIEREN?

Beide Oppositionsparteien beschränken

nicht die Unternehmer sind, sondern die von ihnen beschäftigten Schwarz-ArbeiterInnen.

Die außerhalb des Parlaments sehr wohl existierende Opposition nehmen diese Parteien nur mäßig wahr. SPÖ-PolitikerInnen haben sich im letzten Jahr oft genug von den Demonstrationen oder Streikandrohungen der Gewerkschaften distanziert. Seit Februar 2000 gab es eine Vielzahl von Angriffen, auf jene Menschen, von denen SPÖ und Grünen behaupten, sie zu vertreten: auf ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche, Arbeitslose, PensionistInnen. Aber keine

Dort wurde sogar mittels Flugblatt den DemonstrantInnen gedankt. Werbewirksam vor der Wiener Wahl verteilt von Grünen ParlamentarierInnen, die es dann allerdings vorzogen, nicht an der Demo teilzunehmen. Die Grünen, deren Besonderheit in ihren Anfängen ihr "Aktionismus" war, sind zu einer normalen Partei geworden. Inhaltlich stehen sie auf dem selben Boden wie die Regierung – auf dem des Kapitalismus. Und in ihren Methoden haben sie sich angepasst, weg von der Strasse, von Basisinitiativen, hin zur StellvertreterInnenpolitik.

Ist der ÖGB am Ende?

Seit dem Amtsantritt der blauschwarzen Regierung haben sich die Angriffe auf die Beschäftigten und Arbeitslosen noch weiter verschärft. Bis heute hat der ÖGB keine Antwort auf darauf gefunden. Krampfhaft hält er am Konstrukt Sozialpartnerschaft fest und hofft Politik und Wirtschaft durch seine zahnlose Politik wieder an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

Diese Politik ist nicht zufällig. Dahinter stecken Kalkül, Tradition und das Selbstverständnis des ÖGB als staatstragende Organisation. Mehr darüber wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist lesen sie auf

Neuer Krieg am Balkan?

Makedonien ist das nächste Glied in der Kettenreaktion der "Balkanisierung". Im März fanden Schießereien zwischen albanischen Paramilitärs und der makedonischen Armee nahe den Grenzen zu Albanien und dem Kosovo statt. Zwischenzeitlich hat sich die Situation entschärft. Die Ursachen der Krise wachsen jedoch weiter: Soziale Vereindlung und nationalistische Spaltung. Der Westen hat keine Lösung. Sowohl seine Diplomatie als auch die militärische Präsenz vergrößern die Kriegsgefahr. Die multinationale ArbeiterInnenbewegung muss von den Massen am Balkan wieder aufgebaut werden; das Programm die sozialistische Perspektive mit der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts aller verbinden.



Eine Bilanz der Regierung und der Wiener Wahl

Die vorliegende Broschüre beinhaltet zwei Dokumente. Das erste beschäftigt sich mit den Erfahrungen der sogenannten "Wende" und der "Widerstandsbewegung". Das zweite Dokument ist eine Resolution zur Wiener Wahl, das sich auch mit dem Abschneiden der gesamten Linken und unserem eigenen Ergebnis beschäftigt. Zusendung erfolgt nach Überweisung von ATS 35.- auf unser PSK Konto 8812.733

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



VON SONJA GRUSCH

"TUN, ALS OB MAN WAS TUT, ABER NICHTS TUN!"

Die ÖVP-Studierendenorganisation AG gerät ob der Einführung von Studiengebühren in ein Dilemma: Einerseits unterstützt sie das Elitenkonzept der Regierung durchaus, andererseits will sie bei den kommenden ÖH-Wahlen an den Universitäten Stimmen bekommen. Eine Lösung haben sie rasch parat: Ein Bildungsvolksbegehren. Dieses hat allerdings zwei gewaltige Haken: die AG will die Studiengebühren auf Kosten der Lehrenden abwenden (Stichwort: leistungsorientiertes Dienstrecht). Und sie will ernstzunehmende Proteste verhindern.

Insbesondere geht es der AG-geführten Österreichischen Hochschülerschaft ÖH darum, so zu tun, als ob sie etwas tun würden. Denn einerseits ist der Unmut unter Studierenden über die Studiengebühren, die für viele ein ernstes Problem darstellen, groß, andererseits will man die eigene Regierung nicht ernsthaft in Gefahr bringen. Dieses Volksbegehren ist also nichts als ein reines Ablenkungsmanöver. Bis zum 20. April wurden die für die Einleitung des Volksbegehrens nötigen 7795

ÖH-Ablenkungsmanöver

Unterschriften gesammelt. Dass dies mit relativ wenig Aufwand möglich war, zeigt dass Potential für Widerstand vorhanden ist. Das Volksbegehren selbst wird voraussichtlich irgendwann im Herbst stattfinden – also NACHDEM die Studiengebühren eingeführt sind. Und selbst wenn die für ein Volksbegehren mindestens notwendigen 100.000 Unterschriften dann noch gesammelt werden hat das wenig Konsequenzen. Ein Volksbegehren zwingt lediglich dazu, das Thema im Parlament zu diskutieren, mehr nicht. Dieselbe ÖH/AG, die im Frühjahr und im Herbst 2000 gegen Streiks an den Unis eingetreten ist, versucht wieder, Widerstand im Keim zu ersticken. Damals wurden Jene, die versuchten, den Widerstand an den Unis zu organisieren und mit jenem außerhalb der Uni zu vernetzen als "linke Randalierer" und "Chaoten" beschimpft. Dieselbe ÖH/AG, die auf der Großdemonstration der Studierenden dem Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner das Wort verweigerte, spaltet auch diesmal wieder in Studierende und den Rest der Menschheit. Das Vorgehen der ÖH/AG-Spitze ist allerdings auch nicht verwunderlich. Schließlich ist die AG eine ÖVP-Vorfeldorganisation.

Ich halte jede Wette: mit diesem "Bildungsvolksbegehren" werden die Studiengebühren nicht verhindert. Um einen freien Zugang zur Bildung – an Schulen und Universitäten – zu erhalten sind andere Maßnahmen notwendig. Die Studierenden selbst müssen aktiv werden und sich in Komitees zusammenfinden. "Bezahlt wird nicht" war das Motto der Studierenden im Herbst 2000. Zur Zeit aber ist keine der linken Studierenden-Organisationen dazu bereit und fähig hier eine Kampagne zu starten. Poppige Plakate mit den Aufruf zum Boykott reichen sicherlich nicht, ein Boykott muss organisiert werden. "Bezahlt wird nicht" – trotzdem ein gutes Motto, dass – wenn eine starke Kampagne dahinter steht – umgesetzt werden kann.

Wiener Wahlen sind geschlagen

Während die Rathausparteien an die Wahlkampfkostenrückerstattung denken können, bleibt bei uns der große Geldsegen aus. Jetzt kann man/frau das als großes demokratiepolitisches Manko werten, nur ändert das leider herzlich wenig an unserem Finanzstand.

Im Wahlkampf produzierten wir zwei Ausgaben des Vorwärts und anschließend eine Sondernummer mit einer ausführlichen Bilanz, zwei Plakatserien, ein Wahlkampfmanifest und tausende Flugblätter. Anlässlich unserer Konferenz im März wurde eine Spende in der Höhe von 5.000,- Schilling an unsere nigerianische Schwesterpartei beschlossen. Internationale Solidarität ist für uns eben nicht nur eine hohle Phrase, sondern tut manchmal auch "weh".

Dazu kommen dann noch monatliche Fixkosten von rund 12.000,- Schilling. Für die Dauer des Wahlkampf hieß das, Ausgaben ungefähr in der Höhe von 80.000,- Schilling!

Der größte Teil dieser Summe konnte schon während des Wahlkampfes durch Spenden oder dem Verkauf unseres

"Materials" hereingebracht werden. Es fehlen aber noch immer rund 13.000,- Schilling. Darum bitten wir Euch/Sie z.B. eine Spende oder ein Abo unserer Zeitung in Erwägung zu ziehen. Besonders ans Herz legen wollen wir Euch/Ihnen unser Komplettangebot. Für einen monatlichen Dauerauftrag ab ATS 100,- bekommt Ihr/Sie alle Broschüren, Sondernummern und Zeitungsausgaben frei Haus per Post. Und das garantiert ohne Gratis-Handy!

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| BISHER ERREICHTE: | 80.000 |
| 76.723,- | |
| | 70.000 |
| | 60.000 |
| | 50.000 |
| | 40.000 |
| DAS ZIEL FÜR DEN WAHLKAMPF: | 80.000,- |
| | 30.000 |
| | 20.000 |

PSK 8812.733

Wahlniederlage, Personaldebatte, Drohung aus Klagenfurt... doch:**Haider ist noch da**

Von der stärkeren Regierungspartei hat sich Haiders Partei binnen weniger Monate zur Schwachstelle der Bundesregierung entwickelt. Die Niederlage bei den Wiener Wahlen hat die Freiheitlichen direkt am Nerv getroffen. Doch Jubel über das baldige Ende der FPÖ, und der rechtsextremen Bedrohung, die sie darstellt, wäre (leider) verfrüht.

JOHN EVER, SLP WIEN SÜD I

In den Medien wird das Problem der FP auf den Kampf zwischen zwei Parteiflügeln reduziert: Hier der Pragmatische, da jener Flügel der für eine populistischere Linie steht. Letzterer scheint demzufolge sogar bereit die Regierung platzen zu lassen. Tatsächlich überrascht diese Auseinandersetzung nicht: Bereits der formale Rücktritt Haiders als Parteivorsitzender stellte die Arbeitsteilung zwischen dem Regierungs- und Haider- "Flügel" auf. Die Suche nach ideologischen Hintergründen dieser Arbeitsteilung, verdeckt meistens den wesentlichen gemeinsamen Punkt von Haider, Grasser und Riess-Passer. Neben dem Streben an die Futtertröge, ging und geht es der FP-Spitze mit ihrem Regierungseintritt um einen Tabubruch: Die erfolgreichste rechtsextreme Partei der Welt sollte hoffähig werden. Dafür war und ist die FP bereit einen gewissen Preis zu bezahlen. Lediglich um die Höhe dieses Preises existieren Differenzen.

SCHLÜSSELFATOR ARBEITERINNENKLASSE

Der "Gemeindebau", also Stimmverhalten der ArbeiterInnenklasse, war ausschlaggebend für die Niederlage der FP bei den Wiener Wahlen. ArbeitnehmerInnen lieben der FP in Scharen davon. Zum größ-

ten Teil zu den NichtwählerInnen. Umgekehrt wurden wohl einige Wähler nicht zuletzt durch Haiders Ausfälle mobilisiert gegen die FP zu stimmen. Es handelt sich hier um eine sehr sensible Reaktion aus jenen Schichten, die seit langem vom Rechtsruck und Sozialabbau der alten (SP/VP) Regierung, wie der neuen Koalition betroffen waren und sind. Diese Menschen haben heute keine Partei der sie vertrauen, bzw. in der sie sich organisieren. Das Erfolgrezept der FP bestand darin, in diesem Bereich mit rassistischen und populistischen Ansagen an den "kleinen Mann" als einzige Kraft so etwas wie ein politisches "Angebot" zu formulieren. Die Unterstützung von bestimmten Teilen der ArbeiterInnenklasse war zwar wichtig für die FP, aber stets eine begrenzte und fra-

gile Angelegenheit. Eine echte Parteibasis konnten sich die Freiheitlichen unter ArbeitnehmerInnen nie schaffen. Das unterstreicht nicht zuletzt das Wiener Ergebnis. Doch die Prophezeiungen, dass die FP nicht mehr unter ArbeitnehmerInnen punkten kann, sind genauso falsch, wie die Analysen die früher die FP zur "neuen Arbeiterpartei" erklärt hatten. Auch wenn diese Regierung über sich selbst stürzt, wäre das rechtsextreme Gefahrenpotential nicht vernichtet. Haider wenn auch vielleicht nicht der gesamten FP besitzen ein sehr hohes Maß an politischer und organisatorischer Flexibilität. Die Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse ist heute der zentralen Punkt: Widerstand gegen die FP kann nur erfolgreich sein, wenn er die entscheidenden Teile der ArbeiterInnenklasse beinhaltet. Gleichzeitig gilt es aus dem bestehenden Widerstand eine politische Alternative in Form einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei aufzubauen, um genau jenes Vakuum zu füllen, welches den Aufstieg



Haider und
Riess-Passer:
Gute Miene zum
Bösen Spiel!

Die andere "Ausländerpolitik"**Vorschub für Frauenhandel**

Während in ganz Europa die Grenzen für NichtEU-BürgerInnen dicht gemacht werden, wurden vom österreichischen Außenministerium Maßnahmen zur Einreiseerleichterung für die Berufsgruppe "Showtänzerin" beschlossen.

WOLFGANG FISCHER, SLP WIEN MITTE

Wie dem Bericht des Falter (15/01) zu entnehmen ist, wurde vor kurzem ein vertrauliches Rundschreiben vom Büro der Außenministerin Benita Ferrero-Waldner an alle österreichischen Diplomaten ausgeschickt. Dieses zweiseitige Dokument mit der Bezeichnung "Aufenthaltstitel für Showtänzerinnen, GoGo-Girls und dergleichen" empfiehlt den Botschaftern, bei der Erteilung von Aufenthalts- und somit Arbeitserlaubnissen für diese Berufsgruppe von der Rückfragepflicht im Innenministerium abzusehen. Schließlich stünden ja die vermittelnden "Künstleragenturen" in Kontakt mit "seriösen" Auftrittslokalitäten. Eine beigefügte Liste informiert über die zu bevorzugenden Etablissements: Sexclubs, Peep-Shows und GoGo-Bars wie etwa der "Peep-Tempel" in Favoriten oder die Etienne-Bar in der Nähe von Völkermarkt. Peter Wiedemann, zuständiger Sachbearbeiter im Innenministerium, kann in diesem Rundbrief keine Mängel entdecken, würden doch gerade die in der Liste angeführten Lokale besonders gut von offizieller Seite kontrolliert. Dass Politiker und Polizeibeamte das Rotlichtmilieu nur "in Erfüllung ihrer

Kontrollpflicht" betreten, ist spätestens seit dem Skandal rund um "Puffchecker" H. Kabas bekannt.

GEWALT GEGEN FRAUEN

Ein wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft ist die Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine Minderheit. Repression und Gewalt gegen Frauen ist als Teil dieses Systems alltäglich und betrifft jeden Lebensbereich: Familie, Arbeitsplatz, Schule, Freizeit und Straße. In dem oben angeführten Fall summieren sich die Abhängigkeiten dieser Frauen. Die ausgestellte Arbeitsbewilligung bezieht sich nämlich nur auf den ihnen zugewiesenen Sexbetrieb. Dadurch ist frau dem "Arbeitgeber" voll-

ständig ausgeliefert, denn die Rute der Abschiebung steht permanent im Fenster. Viele der rund 5000 illegal in Österreich arbeitenden Prostituierten sind Migrantinnen. Ihre wirtschaftliche Not wurde von Schleppern ausgenutzt, um sie mit falschen Versprechungen in massive Abhängigkeiten zu treiben. Es besteht bei der Regelung von Frau Dr. Ferrero-Waldner also der begründete Verdacht, dem Frauenhandel Vorschub zu leisten.

FRAUEN IN DIE OFFENSIVE

Sexbusiness, Prostitution sind Diskriminierung und Gewaltanwendung gegen Frauen. Massive physische und psychische Probleme, um nur zwei der Auswirkungen zu nennen. Die SLP fordert staatlich finanzierte Ausstiegspogramme und Ausbildungsangebote mit finanzieller Absicherung für alle Frauen, sowie die sofortige "Legalisierung" aller in Öster-



Regierung gibt
unsicheren,
schlechtbezahlten
Sex-Jobs den
Vorzug

Privatisierung

Post, Telekom und ÖBB - ade

In einem Boxkampf geht es normalerweise über zwölf Runden. Im Match Regierung gegen Post, Telekom und ÖBB sieht das anders aus. Die Regierung und die Vorstandsetagen setzen einen Schlag nach dem anderen, die Gewerkschaft tut nichts um dem KO zu entrinnen.

KARIN WOTTAWA, SLP WIEN MITTE

In der "Gelben Post" sind die meisten Kahlschläge schon durchgeführt. Vorwärts berichtete über die Neuorganisation von Postämtern, die neuen Dienstverträge und die Umstellung der Briefzustellung. Wie haben sich allerdings diese Maßnahmen ausgewirkt?

POSTAMT: SITZEN VERBOTEN

Abgesehen davon, dass es im Zuge dieser Neustrukturierung zu absurdem Maßnahmen kam, sind vor allem sehr viele neue MitarbeiterInnen von unsicheren Dienstverhältnissen, flexiblen Arbeitszeitregelungen und prekärer Beschäftigung bedroht. Eine Umfrage unter Kunden hatte beispielsweise zur Folge, dass die Postbediensteten bei ihrer Arbeit jetzt nicht mehr sitzen dürfen.

Die neu Eingestellten haben durch die Umwandlung der Post in eine Aktiengesellschaft keine Chance mehr auf eine Pragmatisierung, sondern sind viel mehr Durchlaufposten. Viele Dienstposten wurden nicht nachbesetzt. Ein Mitarbeiter erzählt, dass die Arbeit jetzt die verbleibenden Beschäftigten erledigen müssen. Das bedeutet mehr Arbeitszeit, weniger Pausen und bei unerfahrenen Mitarbeitern auch eine größere Fehleranfälligkeit. Durch die Zusammenlegung von Rayons (jene Gebiete, die ein Briefträger zu betreuen hat) müssen Briefträger jetzt mehr Briefe austragen. Einerseits bedeutet das für die Briefträger eine längere Arbeitszeit, aber auch eine spätere Zustellung für die Kunden. Die zusätzliche Austragung von Reklamematerial bedeutet am längeren Weg mehr Gewicht.

TELEKOM: K.O. IN DER 1. RUNDE

Die Gewerkschaft verlegte sich im Wesentlichen auf Proteste, Kampfmaßnahmen wurden keine gesetzt. K.O. in der ersten Runde. Es wäre kein Wunder, wenn man/frau bei einem solch leichtgewichtigen Gegner nicht neue Angriffe fahren würde. Jetzt ist aber einmal die Telekom dran. Personalchef Gert Ahrer ("Wo gehobelt wird da fallen Späne") will bis 2002 an die 5000 MitarbeiterInnen abbauen, das sind 30% der Bediensteten. Von gewerkschaftlicher Seite tut sich aber wieder äußerst wenig. Sogar am Tag, an dem Proteste geplant waren, mußten sich die Bediensteten Urlaub nehmen, um an den Veranstaltungen teilnehmen zu können. Laut einer Mitarbeiterin wäre die Belegschaft zwar durchaus auch zu Streiks bereit, die Gewerkschaftsführung aber nicht. Diese beschäftigt sich lieber mit Sozialplänen und trägt damit de facto kampflos den Personalabbau mit.

WENIGER SERVICE FÜR MEHR GELD

Auch in der Bahn steht trotz Rekordgewinn die Zerschlagung auf dem Programm. Angeblich sollen die Maßnahmen, die der Vorstand ausgeheckt hat ja zukunftsweisend im europäischen Zugverkehr sein. Die internationalen Erfahrungen zeigen aber das Gegenteil. Die in Britannien privatisierte Eisenbahn be-

weist das. Tausende Arbeitsplätze wurden vernichtet und das für die verbleibenden Mitarbeiter entstandene Mehr an Überstunden. Die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert und die Sicherheit bei der Arbeit hat massiv abgenommen. Und für die ja angeblich soviel besorgten Bahnreisenden gab es auch nur böse Überraschungen. Neben der empfindlichen Erhöhung der Ticketpreise wurde Bahnfahren zu einem gefährlichen Abenteuer. Durch niedrigere Sicherheitsstandards, wie seltenerer Streckeninspektionen und weniger Reparaturen an

den Loks und Waggons kam es zu einer Serie tödlicher Unfälle. Um weiterhin eine ausreichende Versorgung von KonsumentInnen und DienstnehmerInnen gewährleisten zu können, müssen die Maßnahmen zurückgenommen werden und die Rechte der MitarbeiterInnen ausgebaut werden.

Daher fordern wir :

- ★ Keine Zustimmung zu KV-Ergebnissen ohne Urabstimmung!
- ★ Für Kampfmaßnahmen gegen jede Privatisierung und Sparpolitik
- ★ Keine Geheimverhandlungen - Öffent-



Jetzt neu
bei der Post: Sitzen
verboten!

Wiener Wahlen

Chance für ÖGB?

Die Wiener Wahlen waren eine klare Niederlage für die Regierung, insbesondere für die FPÖ. Ein Grund dafür war der Sozialabbau und gerade viele FPÖ-WählerInnen sind zu Hause geblieben. Man/frau könnte meinen, endlich eine Chance für die Gewerkschaften in die Offensive zu gehen.

MICHAEL GEHMACHER,
SLP WIEN WEST

Noch vor der Wahl hat die Regierung versucht, die Sparpakte verbal zu entschärfen. Bei der Besteuerung der Invalidenrenten und bei den Ambulanzgebühren wurde eine "Verhinderung von sozialen Härtefällen" versprochen. Jetzt soll mit der Einführung des Kindergeldes von den Wahniederlagen und dem wahren Ausmaß des Sozialraubs abgelenkt werden. Und tatsächlich scheint sich die Stimmung schon wieder zu Gunsten der Regierung zu wandeln. Also wieder eine vertane Chance, um die Menschen gegen die asoziale Regierung zu mobilisieren.

ZAHNLOSER WIDERSTAND

Aus dem vergangenen Jahr kann der Schluss gezogen werden, dass sich diese Regierung von Protestresolutionen und Menschenketten nicht beeindrucken lässt. Als Ausrede für ihr Nichtstun wird von Seiten der Gewerkschaftsspitze sehr oft das Argument "Die Leute wollen ja gar nicht streiken" ins Rennen geschickt. Ein Argument, das sich sicherlich mit den täglichen Erfahrungen etlicher BetriebsräteInnen deckt. Trotzdem ist das nur eine Seite der Medaille. Viele KollegInnen sind politisch enttäuscht und verlieren zunehmend noch weiter ihr Vertrauen in den ÖGB.

CHANCE NUTZEN

Heute spüren die Menschen die Auswirkungen der Sparpolitik und ihre Unzufriedenheit steigt. Es wäre nun die Aufgabe der Gewerkschaft diesen Unmut aufzugreifen und in die Richtung von Kampfmaßnahmen zu kanalisieren. Sicherlich ist ein Streik eine "harte" gewerkschaftliche Maßnahme, die ver-

antwortungsbewusst eingesetzt werden muss. Die Vorstellung vieler ÖGB-Funktionäre, die Belegschaften würde von einem Tag auf dem anderen "Gewehr bei Fuß stehen" geht an der Realität weit vorbei. Die Frage, ob es zu Protesten kommt, hängt nicht nur von der "Basis", sondern auch entscheidend von der Führung ab. Diese müsste mit Aufklärungskampagnen in den Betrieben anfangen, für Protestmaßnahmen zu werben und mobilisieren.

GEMEINSAME Aktionen

Bei der Telekom, in der ÖBB, in der ÖMV, und im AHS-Lehrerbereich gärt es nach wie vor. Die Telekombeschäftigten haben ihre Kampfbereitschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Probleme bei der Telekom sind nicht gelöst, ein Streik wäre der nächste logische Schritt. Nicht ganz so zugespielt, aber ähnlich schaut es bei der ÖBB aus. Im AHS-Bereich würde es längst ein Streik geben, wenn diese nicht von der GÖD-Spitze mit verschiedenen Tricks hintertrieben worden wäre. Der nächste logische Schritt wäre, die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten gegen die Spar-, Kürzungs- und Privatisierungspolitik der Regierung in Form von Betriebsversammlungen und eines ein-tägigen Streiks zusammen zu führen. Das hieße die sich jetzt bietende Chance beim Schopf zu packen und endlich zu handeln statt dauernd nur mit der Regierung zu verhandeln!

LehrerInnenforum Henriettenplatz zeigt wie es geht

LehrerInnenstreik jetzt sofort!

"4.000 Lehrerinnen und Lehrer (dh. 86,9% aller LehrerInnen des Landes; Anm. d. Red.) haben sich am 28. März 2001 in Feldkirch versammelt, um gegen das Budgetbegleitgesetz und das Jahresnormmodell zu protestieren." So lautet der 1. Satz der am Vorarlberger Lehrerinnen- und Lehrertag beschlossenen Resolution, in der ein Antrag auf unbefristeten Streik gestellt wurde. Der Großteil der LehrerInnen auf der Publikumsdiskussion am 28. März haben sich sogar für einen so genannten "wilden Streik", das heißt für einen Streik ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung bzw. gegen diese, ausgesprochen.

PABLO HÖRTNER, SLP WIEN WEST

"Es reicht! Wir wehren uns!" war das Motto der Demonstration. LehrerInnen wurden von den Sparmaßnahmen dreifach getroffen: als StaatsbürgerInnen, als öffentlich Bedienstete (zwei Nulllohnrunden!) und zusätzlich als LehrerInnen." (aus der Resolution). Am selben Tag versammelten sich vor der GÖD-Zentrale LehrerInnen mit Transparenten gegen die mit dem Budgetbegleitgesetz beschlossene Arbeitszeiterhöhung, gegen Mehrbelastungen, Gehaltsminderung und Dienstpostenabbau und gegen das Kaputtsparen öffentlicher Schulen. Und das nicht aus "bloßer" Solidarität! Die Proteste in Vorarlberg - das weiß die Basis ebenso wie die ÖGB-Spitze - hätten den Anstoß für eine österreichweite Streikwelle bieten können. Sie wären eine Einladung an die anderen Sektionen und Bundesländer, sich zu beteiligen. Es würde nicht lange dauern, und schon gäbe es einen flächendeckenden Streik.

VON DER FÜHRUNG VERRATEN

Dabei ist allen klar, dass nur sektions- und berufsübergreifende Maßnahmen zu einem wirklichen Ziel führen können. Die Solidarität unter den verschiedenen Berufsgruppen wächst. Doch genau das nutzt die regierungstreue Gewerkschaftsführung im öffentlichen Dienst zu ihren Gunsten aus. Ein Streik der z.B. AHS-LehrerInnen ohne Beteiligung anderer Sektionen (v.a. der PflichtschullehrerInnen) hätte keinen Sinn und wäre kontraproduktiv, heißt es. Neugebauer

die Bundessektionsleitung der AHS. Sich auf Boykottmaßnahmen zu konzentrieren, ist keine Lösung. Vor allem, wenn diese ohne Beteiligung der SchülerInnen ausgetragen werden. Sie sind nur ein Ausdruck für die Situation. Wir waren es, die 1998 die Proteste unter dem Slogan "Schüler, Lehrer gegen Lehrer!" initiiert haben. Damals wie heute haben wir eng mit dem LehrerInnenforum Henriettenplatz zusammen gearbeitet und gemeinsame Aktionen organisiert. Doch um einen Streik kommen wir nicht herum.

KÄMPFERISCHE OPPOSITION AUFBAUEN!

Das LehrerInnenforum wurde anlässlich der Kürzungen im Bildungsbereich 1998 von engagierten LehrerInnen der Schule Henriettenplatz ins Leben gerufen. Von Anfang an hat es sich als eine Plattform verstanden, um die so genannte Streikbewegung im LehrerInnenbereich



Nicht nur
gegen die
Regierung,
sondern auch
die gegen die
GÖD/ÖGB Politik
wird demonstriert!

der gesamten Spitze werden immer lauter. Bei der Bundessektionswahl in drei Wochen wird der Vorsitzende der Pflichtschullehrergewerkschaft, Hermann Helm, nicht mehr kandidieren. Das ändert nichts am eigentlichen Problem, weil der nächste ÖVP-Gewerkschafter wird nicht besser. Aber es ist Ausdruck für eine Entwicklung. Ebenso der Einzug von Reinhard Sellner, eines linken AHSlers, in

Woher kommt der ÖGB und wohin geht er

Sind Gewerkschaften noch zeitgemäß?

Sinkende Mitgliedszahlen und überaltete, teilweise entleerte Strukturen. Das ist das Bild, das viele Gewerkschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts bieten. Die rasanten technologischen Entwicklungen und Innovationen haben in den letzten Jahrzehnten die Berufsstruktur nachhaltig verändert. Immer mehr "typische" Beschäftigungsverhältnisse werden in Teilzeit- oder Telearbeit, Geringfügige Beschäftigung, freie Dienstverträge oder Scheinselbständigkeit umgewandelt. Flexibilisierung und Deregulierung sind die Schlagwörter, mit denen GewerkschafterInnen tagtäglich konfrontiert sind. Offenbar tun sich die Gewerkschaften schwer, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Und so ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass von bürgerlichen KommentatorInnen bereits vom Ende der Gewerkschaften geschrieben wird.

**HARALD MAHRER, MICHAEL GEHMACHER
UND ALI KROPP**

Gerade der ÖGB scheint sich besonders schwer zu tun, Antworten auf diese neuen Fragen zu finden. Jetzt soll z.B. in einer groß angelegten "Reform" dem Mitgliederschwund Einhalt geboten werden. Administrative Maßnahmen statt Einbeziehung und Mobilisierung der Betroffenen und Mitglieder – das ist ein entscheidendes Merkmal in der Politik und Selbstverständnisses des ÖGB seit seiner Gründung.

ÖGB NACH 1945

In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg sah sich die österreichische Bourgeoisie extrem geschwächt. Große Teile der herrschende Klasse waren entweder direkt in das Naziregime integriert oder zumindest Nutznießer der Naziverbrechen. Vor allem die Industrien waren entweder überhaupt Staatsbetriebe oder gehörten zu deutschen Großkonzernen. Die österreichische Bourgeoisie wusste in dieser Situation, dass sie für eine direkte



20 Seiten
ÖS 35.- (inkl. Porto)
Zusendung erfolgt nach Überweisung
auf unser PSK-Konto 8812.733

Konfrontation mit der ArbeiterInnenklasse schlecht gerüstet war. Gleichzeitig musste aber das für den kapitalistischen Wiederaufbau nötige Kapital erst aufgetrieben werden. Die Bourgeoisie war sich einig, wer den Wiederaufbau bezahlen sollte: die ArbeiterInnenklasse. Vor diesem Hintergrund sind in diesen Jahren zwei – für die österreichische Gewerkschaftsbewegung nachhaltig prägende – Besonderheiten entstanden. Erstens die stark institutionalisierte Sozialpartnerschaft und zweitens der hohe Grad an Verstaatlichter Industrie.

Die Bourgeoisie versuchte mit der Gewerkschaftsspitze einen Deal: "Sozialer Frieden" wird gegen Posten und Einfluss getauscht. Verliererin in diesem Deal ist die ArbeiterInnenklasse. Auch wenn die Entstehung der Sozialpartnerschaft von offiziellen GeschichtsschreiberInnen immer als Beispiel für die "Konsensorientierung" der österreichischen Politik nach dem Krieg hingestellt wird, ist diese Geschichte alles andere als konfliktfrei über die Bühne gegangen. Nicht ein "Sieg der Vernunft", der aus dem "Geist der Lagerstraße" resultiert haben soll, sondern ein Sieg der Gewerkschaftsbürokratie im Verband mit der österreichischen Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse im offenen Klassenkampf, bildete den Grundstein auf dem das Gebäude der Sozialpartnerschaft errichten konnte.

DIE NIEDERSCHLAGUNG DES OKTOBERSTREIKS

Bei den Lohn-Preis-Abkommen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ging es im Wesentlichen darum, dass mittels

Inflation das Geld der ArbeiterInnenklasse zur Bourgeoisie umverteilt wurde. Dieses Kapital bildete dann den Grundstock für den "Wiederaufbau" der österreichischen Wirtschaft. In diesen Abkommen wurden Löhne und Preise festgelegt. Da jedoch die Preise schneller stiegen als die Löhne, bedeutete dies eine Umverteilung Richtung Bourgeoisie. Diese Abkommen wurden von der ArbeiterInnenklasse keineswegs – aus Einsicht in eine angebliche Notwendigkeit – seelenruhig angenommen. Die Antwort waren Streiks und Arbeitskämpfe. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellte der "Oktoberstreik" im Herbst 1950 dar.

In jenen Tagen entwickelten sich Ansätze für eine österreichweite Streikbewegung, mit dem Ziel das 4. Lohn-Preis-Abkommen zu Fall zu bringen. Die Situation war die Nagelprobe für die Gewerkschaftsbürokratie. Sie musste der Bourgeoisie beweisen, dass sie es wert ist mit Posten und Pfründen versorgt zu werden und in den Hinterhof der Macht vorgelassen zu werden. Ihre Aufgabe war es nun, die ArbeiterInnenklasse zurückzuhalten und ruhig zu stellen. In letzter Konsequenz bedeutete das im Oktober 1950 die Streikenden niederzuknöpfen. Um diese Ungeheuerlichkeit ideologisch zu rechtfertigen, erfand sie die "Putschlüge". Die Streikbewegung sei ein Putschversuch der KommunistInnen gewesen, ist seitdem fester Bestandteil in den Geschichtsbüchern und ÖGB-Geschichtsschreibung. Die Niederschlagung der Bewegung und die darauffolgende Säuberung des ÖGB von Linken, v.a. KommunistInnen, ebnete erst den Weg für die Sozialpartnerschaftspolitik in den darauffolgenden Jahrzehnten. Die Sozialpartnerschaft war

also schon in ihrer Geburtsstunde eine schmerzliche Niederlage für die ArbeiterInnenklasse und die gewerkschaftliche Linke.

DIE SOZIALPARTNERSCHAFT VERFESTIGT SICH ZUM IDEOLOGIEERSATZ FÜR DEN ÖGB

Im langanhaltenden Nachkriegsaufschwung schien das Unmögliche möglich zu werden: Die Partnerschaft zwischen zwei gesellschaftlichen Klassen mit entgegengesetzten Interessen. Während der

was sie wolle. Der Bourgeoisie gegenüber versicherte die ÖGB-Spitze nicht übermäßig zu werden, und das Gesamtwohl der Wirtschaft in ihre Überlegungen einzubeziehen. Das Resultat war und ist eine massive Entpolitisierung und zunehmende Passivität der Gewerkschaftsbasis.

Die Verfestigung der Sozialpartnerschaft zur Ideologie war nur möglich, weil sie in der Aufschwungphase, neben den beiden Hauptzwecken, noch ein angenehmes Nebenprodukt abwarf. Die Sozialpartnerschaft brachte der Bourgeoisie die nie-



Sinnbild
für die Politik
des ÖGB: leere
Schaukästen

durch die Sozialpartnerschaft hergestellte soziale Frieden, die Entwicklung der österreichischen Bourgeoisie unterstützte, konnte die Gewerkschaftsbewegung kampflos zum Teil große Fortschritte für die ArbeiterInnenklasse erzielen. Das war der Preis, den die Bourgeoisie zu zahlen bereit war. Die Errungenschaften erhöhten zwar den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse, sie blieben allerdings hinter dem zurück, was mit einer kämpferischen Politik im Aufschwung möglich gewesen wäre. Die größte Schattenseite dieser Politik ist aber, dass die ArbeiterInnenklasse das Kämpfen verlernt hat. Die ÖGB-Bürokratie wurde immer stärker in die Schaltzentralen der Macht eingebunden, sie verbreitete unter ihren Mitgliedern, die Illusion, die ÖGB-Spitze müsse nur mit den Fingern schnippen und schon bekäme "die Gewerkschaft"

drigste Streikrate in Europa. Die Gewerkschaftsspitze gewann an Einfluss, Macht, Pfründe und Posten und der Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse stieg, ohne einen Finger dafür rühren zu müssen.

DIE SPIELRÄUME WERDEN KLEINER

Nachdem der langanhaltende Aufschwung Mitte der 70er Jahre zu Ende ging, fiel aber auch das Fundament auf dem das Sozialpartnerschaftsgebäude zu stehen vermochte weg. Die Situation begann sich grundlegend zu ändern. Während des Aufschwungs war die Bourgeoisie im Ausgleich für sozialen Frieden bereit, die ArbeiterInnenklasse am Kuchen ein wenig "mitnaschen" zu lassen. Kennzeichnend für die neue Situationen war nun der Beginn der Umstrukturierung der Industrie – "Just-

Gewerkschaften und Marxismus

Preisfechterin der Arbeitskraft

Die Existenzberechtigung der Gewerkschaften ergibt sich aus ihrer Funktion, die Konkurrenz der Beschäftigten durch ihre gemeinsame Organisation und Interessensvertretung und die Entwicklung von Solidarität ein Stück weit aufzuheben. Je stärker das gelingt, desto stärker ist die gewerkschaftliche Gegenmacht und um so mehr Freiräume können geschaffen werden. Die Selbstorganisierung der Arbeiter hat zur Entwicklung der Gewerkschaften geführt. Die Bourgeoisie und ihre Parteien wissen von der Gefahr durch die Gewerkschaften, die ihnen in harten Kämpfen viele Zugeständnisse abtrotzen konnten.

Aufgrund der Stärke der Gewerkschaften und wegen der Angst vor sozialen Bewegungen versuchte die Bourgeoisie sich mit den Gewerkschaften zu arrangieren. Das hat aber letztlich dazu geführt, dass die Gewerkschaftsbürokratie heute lieber mit den Bürgerlichen faule Kompromisse aushandelt, als die Interessen ihrer Mitglieder auch mit Kampfmaßnahmen zu erkämpfen. Die Gewerkschaften entwickeln sich so hin zum Bindeglied zwischen Arbeit und Kapital. Im Kapitalismus steht der/die ArbeiterIn, der/die nur seine/ihr Arbeitskraft zu verkaufen hat, dem Kapitalisten als Indi-

viduum gegenüber – und befindet sich damit in einer äußerst schwachen Situation.

Durch den bloßen Zusammenschluss, also die Organisierung in Gewerkschaften, werden die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse allerdings im Kern nicht berührt. Die gewerkschaftliche Vereinigung bleibt an sich im Rahmen des Kapitalismus – sie hat sogar, durch die gewerkschaftlichen Erfolge (z.B. Lohnerhöhungen), einen stabilisierenden Effekt auf den Kapitalismus, da sie Illusionen in seine Reformierbarkeit, in einen "Kapitalismus mit menschlichem

Antlitz" schaffen kann. Für Marx und Engels waren die Gewerkschaften stets wichtige Instrumente im Klassenkampf. Marx wies nach, dass die Frage der Lohnhöhe keine Frage des wirtschaftlichen Ergebnis eines Betriebes ist, sondern davon abhängt wie sehr es den ArbeiterInnen gelingt den "Preis" der Ware Arbeitskraft in die Höhe zu treiben. Dabei geht es darum, den Mehrwert, also jenen Teil der Arbeitszeit, den der/die ArbeiterIn für den Kapitalisten arbeitet, gering zu halten.

Marx definiert die Arbeitskraft als Ware, die vom Kapitalisten für einen Lohn gekauft wird, dessen Wert niedriger ist als der von diesem Arbeiter erzeugte neue Wert. Der Wert der Arbeitskraft wird durch die zur ihrer Produktion und Reproduktion nötigen Arbeitszeit bestimmt. Bezahlung und Arbeitszeit sind so keine Frage eines gerechten Verteilens, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Marx und

Engels bezeichneten die Gewerkschaften als "Preisfechterin der Arbeiterklasse" bei der das Konkurrenzverhalten durch die Solidarität ersetzt wird.

Gewerkschaften sind das eigentliche Sammelbecken der ArbeiterInnenklasse, im gewerkschaftlichen Zusammenschluss drückt sich das "anders sein als die Kapitalistenklasse" aus.

Die ArbeiterInnen organisieren sich als "eine Klasse gegenüber dem Kapital" (Marx). Sie sind eine Schule des gemeinsamen Kampfes und der Solidarität und des Sozialismus. Mit den Gewerkschaften haben die ArbeiterInnen die Möglichkeit zu erfahren, dass wenn sie gemeinsam als Klasse gegen die Unternehmer auftreten mehr, erreichen als durch Bitten und durch ein gutes Betriebsergebnis. Die ArbeiterInnen machen die Erfahrung, dass ihr soziales Wohl nicht vom Funktionieren des Kapitalismus abhängt, sondern ein Ergebnis ihres Kampfes ist. Dieser Prozess ist für die Entstehung von "Klassenbewusstsein" enorm wichtig.

Marx benannte aber auch den konservativen Charakter den Gewerkschaften haben können. Sie sind wie der historische Überblick zeigt stets ein Produkt des momentanen Wirtschaftssystems, und daher in Kapitalismus an die Lohnarbeit gebunden.

Marx schreibt daher in "Lohn, Preis und Profit": "Statt der konservativen Lösung: Ein gerechter Taglohn für einen gerechten Arbeitstag, sollten sie auf ihre Fähnen die revolutionäre Parole schreiben: Abschaffung des Lohnsystems. Marx weiter: Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlten ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen es zu ändern, statt ihre Kräfte als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."

Deutschland

3 Tage Sozialismus

"Hinkommen - Mitreden - Aktiv werden" war das im dazugehörigen Folder ausgebogene Motto der Sozialismus-Tage-2001. Organisiert wurde das Ganze von der SAV, der Sozialistischen Alternative, der deutschen Sektion des CWI und damit der Schwesterorganisation der SLP.

STEFFIE ETTMANN, SLP WIEN SÜD I

Circa 300 Menschen, jüngere und ältere (tendenziell allerdings erstere), deutsche und aus anderen Ländern kommende, organisierte und unorganisierte folgten diesem Aufruf. In jedem Fall aber waren es am Sozialismus Interessierte, die sich am Wochenende vom 13.-15. April in der Alten Feuerwache in Berlin-Kreuzberg versammelten. Zwischen der Eröffnung am Freitagabend bis zur Abschlussveranstaltung am Sonntag gab es in diversen Arbeitskreisen die Möglichkeit, sich sowohl mit dem Gesell-

"Polit-Profis" zu Wort meldeten, sondern auch viele, die zum ersten Mal dabei waren.

Über das SAV-Frauenprogramm, zu Fragestellungen wie "Wie stoppen wir die Nazis?", Marxismus und Stalinismus - Ursache oder Widerspruch? oder ArbeiterInnenbewegung - "1968 und was ist heute los?" konnten die TeilnehmerInnen sich anhand von Referaten von SAV-Leuten ebenso informieren, wie bei den anschließenden, allen offen stehenden Debatten oder in von Vornherein als Diskussion angelegten Veranstaltungen wie etwa zur Frage:



Bei den SAV-Sozialismustagen war für jedeN etwas dabei.

schaftskonzept Sozialismus als auch mit konkreten Strategien für den Kampf um diese Gesellschaft auseinander zu setzen.

REICHHALTIGE PALETTE AN THEMEN

Aufforderung Nummer eins wurde somit mehr als zahlreich nachgekommen. Aber auch von der Möglichkeit des Mitredens wurde bei den in fünf Themenblöcke - Einführung in den Marxismus, Debatten zu Fragen des linken Widerstandes, eine Welt im Aufruhr (zur aktuellen politischen Situation weltweit), ein Programm gegen die Unterdrückung von Frauen und der Jugend eine Zukunft - gegliederten Diskussionsforen, von vielen Anwesenden engagiert wahrgenommen. Erfreulich daran war, dass sich nicht nur

"Wie eine sozialistische Kraft aufbauen?".

AKTIV WERDEN!

Diese Frage stellte sich für einen großen Teil der Teilnehmenden, wie den internationalen Gästen aus England und Israel, Schweden und Belgien nicht mehr, da sie schon im CWI organisiert sind. Trotzdem erübrigt sich deswegen die Beschäftigung mit dem Thema klarerweise keineswegs. Schließlich waren unter den Anwesenden doch einige, für die die Sozialismus-Tage der Anstoß zu einem Beitritt sein konnten. Sich informieren, reflektieren und aktiv werden ist aber natürlich immer aktuell - bei den Berliner Sozialismus - Tagen

Keine Abo-Karte mehr?



Handy-Masten

Widerstand ist machbar - Herr/Frau Nachbar

Dass Wirtschaft & Politik sich gern und ständig über uns hinwegsetzen, ist nichts Neues. Dabei geht es nicht nur um die "großen" Fragen, sondern auch um die "Kleinen" des alltäglichen Lebens. Und so wie es gegen die "große" Politik Widerstand gibt, regt sich dieser auch gegen die "kleinen" Ungerechtigkeiten. So zum Beispiel die AnreinerInnen des Hauses Petraschgasse 3, Wien 20. Sie wurden gegen die Errichtung von Handy-Masten auf ihrem Haus aktiv.

SONJA GRUSCH, SLP WIEN NORD

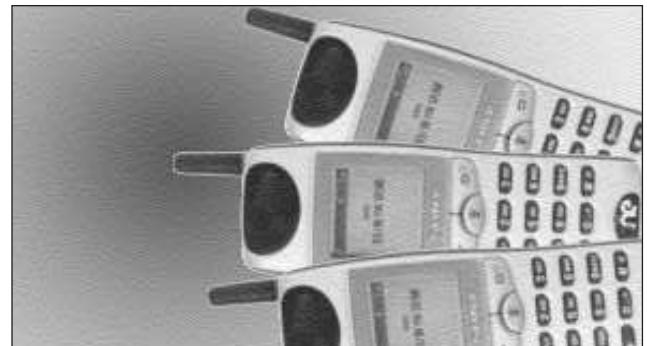
Die Geschichte ist ein Musterbeispiel für die Arroganz von Unternehmen (konkret: maxmobil), der Passivität der Politik und der Möglichkeit, sich zu wehren. Maxmobil will auf dem Haus in der Petraschgasse sechs Handy-Masten errichten, schließt einen Vertrag mit dem Hauseigentümer, dem Parfumeriebesitzer Anton Stummer, und beginnt am 16.11. 2000 mit der Errichtung. Die BewohnerInnen des Hauses werden zuerst nicht, dann falsch informiert. Baugenehmigung gibt es keine, als sich gefährliche Risse in der Mauer bilden und eine Bewohnerin die Polizei ruft, kommt es zum vorläufigen Baustopp. In einer Veranstaltung mit Vertretern von maxmobil meinen diese die BewohnerInnen könnten ja woanders hinziehen, wenn es ihnen nicht paßt. Aber sie haben nicht mit der Initiative Petraschgasse gerechnet und müssen erleben, wie "ganz normale Bürgerinnen und Bürger" beginnen, sich zu wehren.

200 BÜRGERINNENINITIATIVEN

Das Thema Handy-Masten erregt seit längerem die Gemüter, rund 200 BürgerInneninitiativen gibt es in Österreich, 20 in Wien. Meistens sind sie erfolgreich. Die Politik, wohl um es sich mit der Wirtschaft nicht zu verscherzen, zögert, die Medien, angewiesen auf Werbeeinschaltungen, berichten wenig. Immer noch gibt es keine Rechte für BewohnerInnen, wenn Handy-Masten aufgestellt werden. Wegen der neuen UMTS-Technologie und weil mehrere Anbieter um den Markt buhlen, stehen die Masten immer dichter. Die vielgepriesene Konkurrenz geht klar auf Kosten der Menschen. In der Petraschgasse gibt es Bedenken wegen statischer und gesundheitlicher Gefährdung. Ob bzw. wie gefährlich die Strahlung von Handy-Masten ist, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen, klar ist aber, dass Firmen wie maxmobil nicht davor zurückschrecken, über die Bedenken hinwegzusehen. "Wir möchten

Ihnen mitteilen, dass wir es ablehnen, Versuchskaninchen für einen boomenden Wirtschaftszweig zu spielen" schreibt die Initiative Petraschgasse an maxmobil.

Neue Technologien: sie sollten zum Nutzen, nicht zum Schaden von Menschen eingesetzt werden!

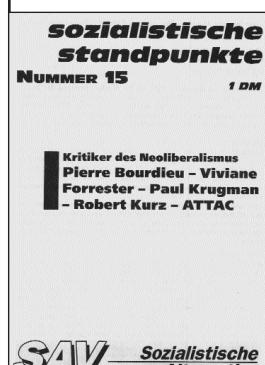


Der Hauseigentümer, der nicht im Haus wohnt, würde an der Aufstellung von Handy-Masten gut verdienen - bis zu 6.000.- pro Mast und Monat. Gerüchteweise sollen auch Dach und Fassadenreparatur übernommen werden. Die BewohnerInnen des Hauses sind nicht informiert worden, es gab keine Abstimmung darüber, ob sie lieber mit oder ohne Handy-Masten leben wollen und von dem Geld, dass der Eigentümer einstreifen will würden sie wohl auch nichts sehen - eine entsprechende Mietreduktion wurde bisher jedenfalls nicht angekündigt.

und Männern vor der Haustür, viele das erste mal auf einer "Demo", bereit, den Baubeginn zu verhindern. Aus den Fenstern hängen Transparente "Psychoterror maxmobil", und "Handy-Masten: Nein Danke". Wut über das Vorgehen von Hauseigentümer und maxmobil wird laut. Das die Initiative auf das "Angebot" von maxmobil, im kleinen Kreis noch einmal zu reden nicht eingeht, sondern an die Öffentlichkeit geht, erweist sich als richtig. Die Bauarbeiten beginnen erst gar nicht, maxmobil weiß aber in einem Schreiben vom 11.4.2001 darauf hin, dass es einen gültigen Vertrag gibt. Damit ist der Gong zur nächsten Runde geschlagen. Für die Initiative ist klar "es

Kritiker des Neoliberalismus:

Pierre Bourdieu, Viviane Forrester, Paul Krugmann, Robert Kurz, Attac



Die Artikelsammlung "Kritiker des Neoliberalismus" spannt einen Bogen vom radikalen französischen Soziologen bis zum wirtschaftlichen Ratgeber für sozialdemokratische Sozialabbauer. Selbst den ehrlichen Ansätzen, gegen die Auswirkungen der globalen Marktwirtschaft etwas zu tun, mangelt es am Wesentlichen: der gesellschaftlichen Alternative und der Benennung der Kräfte, die dies erreichen können.

Broschüre Die Kritiker des Neoliberalismus
24 Seiten A5, Zusendung erfolgt nach Überweisung von

20.- auf unser PSK-Konto 8812.733

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

WIEN-SÜD I: Jd. Dienstag um 19.00 in der "Bunten Kuh", 5, Ecke Zentag./Siebenbrunneng.

WIEN-SÜD II: Jd. Freitag um 19.00 Cafe Schlupfwinkel, 4, Kleine Neug. 10

WIEN-NORD: Jeden Freitag um 20 Uhr „Ess'n&Trink'n", 20, Jägerstr. 38

WIEN-WEST: jeden Mittwoch um 19.30 Club Internationel, 16, Payerg.14

SONNTAGS-ORTSGRUPPE: jeden 3. Sonntag im Monat 16.00, Cafe Schlupfwinkel, 4, Kleine Neug. 10

INITIATIVE SOLIDARITÄT: siehe Termine

Cafe Paganini, 9, Althanstr. 9-11

FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen)

Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00

Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Aktivitäten im März:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

4.5.2001: "ATTAC - DIE GLOBALISIERUNG DER ANTI-GLOBALISIERUNG"

SLP WIEN SÜD II

5.5.2001: SLP WIEN SÜD I

5.5.2001: SLP-FRAUENSTAMMTISCH

16.5.2001: "NEOLIBERALISMUS UND ANTIKAPITALISMUS"

SLP WIEN WEST

23.5.2001: "MAI 68 FRANKREICH - WAS WAR DA LOS?"

SLP WIEN MITTE

25.5.2001: "SMASH CAPITALISM - AUF NACH SALZBURG ZUM WEF-GIPFEL!"

SAP REIGEN

25.5.2001: UNSERE PIZZARIA FEIERT NEUERÖFFNUNG - WIR FEIERN MIT.

START INS 2. HALBJAHR 2001, OG-NORD

27.5.2001: "DER KAMPF UM DIE MAIRO-ABTREIBUNGSKLINIK"

SLP-SONNTAGS-OG

28.5.2001: "WIE WEITER IM ÖFFENTLICHEN DIENST?"

INITIATIVE SOLIDARITÄT, 19.00

17.6.2001: "SOZIALISMUS UND RELIGION" SLP-SONNTAGS-OG

- KUNDGEBUNG VOR DER MAIRO-KLINIK, 2; GROSSE SPERLGASSE 33 - GENAUEN

TERMIN BITTE REGelmäßig IM SLP-BÜRO ERFRAGEN

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, 19 Uhr, Ballhausplatz

Neuigkeiten

aus dem CWI

Slowakische Republik

Terror gegen Roma

Seit langem ist die Situation für Roma in der Slowakei schwer: sozial benachteiligt, von Staat und Polizei diskriminiert und von Nazis angegriffen. Arbeitsämter stempeln ein "R" in die Unterlagen von Roma, wohl auch eine der Ursachen für die über 70%ige Arbeitslosigkeit. Das jüngste Beispiel ist der Fall von Mario Bango, einem 18jährigem Roma. Marios Familie war schon öfter Ziel von Naziangriffen. Bei einem Angriff am 10. März auf seinen Bruder kam er ihm zu Hilfe. Der Nazi wurde dabei verletzt und starb später. Erfahrungen von Roma, die die Polizei in ähnlichen Fällen zu Hilfe gerufen hatten, sind durchwegs negativ. Meist weigerte sich die Polizei, rassistische Motive anzuerkennen. Nach Ansicht der slowakischen Behörden handelt es sich bei Marios Fall nicht um Notwehr, sondern um Totschlag, angestrebt wird sogar eine Anklage wegen Mord. Das Parlament hielt eine Schweigeminute für den "patriotischen und anständigen Bürger" ab. Mario sitzt zur Zeit in Untersuchungshaft, ihm droht eine Verurteilung. Am internationalen Aktionstag am 24.4. organisierte das CWI in einer Reihe europäischer Städte Protestaktionen vor slowakischen Botschaften, besondere Unterstützung erhält die Kampagne von der tschechischen Sektion des CWI Socialistica alternativa Budoucnost. Die Forderungen sind: Keine Verschärfung auf Mordanklage und Sofortige Freilassung ohne weitere Strafverfolgung.

Protestbriefe: Urad Vlad (Slowakische Regierung) urad@government.gov.sk
Fax: 00 421 7 52497595;
Botschaft: Fax: 01-318 90 60

Solidaritätspost: freemario@post.sk

Deutschland

SozialistInnen bei

Castor-Protesten

Der Kniefall der "rot"-grünen Regierung vor der Atomindustrie erreichte mit den Castor-Transporten einen Höhepunkt. Zehntausend Jugendliche, aber auch ganz "normale" Menschen aus der Region, beteiligten sich an den Blockaden. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Teil der Bewegung waren die Mitglieder der deutschen Schwesterpartei der SLP, der Sozialistischen Alternative SAV. Sie beteiligten sich nicht nur an den Protesten, sondern verbanden das Thema AKW mit der Frage kapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und mit einem Anti-AKW-Programm:

★ Sofortige Stilllegung aller AKWs. Gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten.

★ Die hohen Rücklagen der Atomindustrie müssen zur Finanzierung vom Abriss der AKWs und dann für die Endlagerung eingesetzt werden.

★ Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich gegen Liberalisierung der Stromindustrie und für Atomausstieg

★ Alle Energiekonzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle zu nehmen

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Einsparung von Energie und für die Erforschung und den Einsatz regenerativer Energien

Bosnien, Kosova, Makedonien...

Kein Friede auf dem Balkan

Die nächste Etappe im Zerfall des Balkan ist angebrochen. Die Gefechte zwischen UCK und der makedonischen Armee können der Beginn eines weiteren großen Krieges sein. In Jugoslawien folgte der tiefen Krise des Stalinismus in den 80ern die kapitalistische Restauration. Mit der sozialen Katastrophe und dem Ausbleiben einer starken multinationalen ArbeiterInnenbewegung vollzog sich das Auseinanderbrechen an ethnischen Linien.

FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN-MITTE

Für die folgenden Regimes war Nationalismus eine Quelle von Macht. Die Massen des Balkan gerieten in eine Spirale aus Armut, Bürgerkrieg und Hass. Jede Intervention des Westens verschärft die Krisen. Der letzte Höhepunkt war der NATO-Krieg gegen Serbien und Kosova. Er löste kein einziges Problem. Kosova ist heute von der NATO besetzt. Die Konflikte in der Region spitzten sich wieder zu. Makedonien ist eine der ärmsten Regionen. Die Bevölkerung setzt sich neben Minderheiten aus ca. einem Drittel AlbanerInnen (stieg durch Fluchtwelle aus Kosova) und zwei Dritteln slawischen MakedonierInnen zusammen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40%, unter AlbanerInnen bei 60%. Das kleine Land steht im Brennpunkt historischer Großmachtinteressen. Entstanden nach den ersten kriegerischen Handlungen in den 90ern, wird die Region von Bulgarien, Griechenland (NATO-Mitglied!), Albanien und Serbien beansprucht. Zwar kommt für diese Staaten der unmittelbare Griff auf Makedonien aus Angst vor Eskalation nicht in Frage, aber jede Grenzverschiebung wird heftige Reaktionen hervorrufen. Den imperialistischen Mächten ist das klar. Der Westen ist in der gleichen Sackgasse, die zum Kosova-Krieg führte.

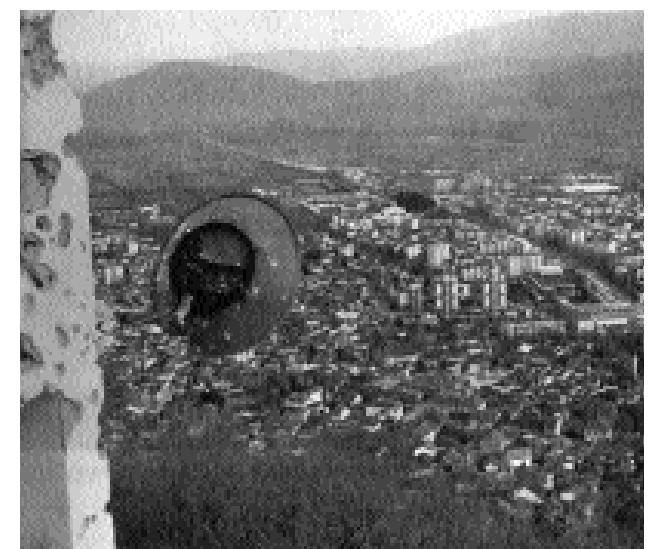
DIE UCK

Die UCK in Makedonien ist ein Ableger

der kosovarischen UCK, jedoch nicht ihr Ebenbild. Die makedonischen Paramilitärs haben nicht den Charakter eines Volksaufstandes gegen eine Besatzung; zumindest jetzt noch nicht. Die Unterdrückung der albanischen MakedonierInnen ist nicht mit der Verfolgung unter Milosevic (Raub und Vertreibungen) gleichzusetzen. Doch die soziale Krise und politisch-kulturelle Benachteiligung und die Nichtanerkennung als Staatsvolk setzen auch hier die Kettenreaktion des Zerfalls fort. Die beiden Haupttendenzen im albanischen Lager werden vom Führer der "moderaten" KonstitutionalistInnen um Rugova und den derzeit kämpfenden Einheiten markiert. Diese Teile können sich der NATO heute nicht mehr als Liebkind andienen.

Ungeachtet des reaktionären Charakters der UCK (und aller anderen nationalistischen Gruppen) verteidigen SozialistInnen das Recht auf Selbstverteidigung, wenn nötig auch mit Waffen. Es wäre die Aufgabe von ArbeiterInnenorganisationen, diese demokratisch zu organisieren und zu versuchen, in das gegnerische "nationale Lager" hineinzuspalten, die herrschenden Hetzer von den Massen zu trennen. Auch die slawischen Bevölkerungsteile sind kriegsmüde und verarmt. Es liegt an den Massen aller Bevölkerungsgruppen, sowohl mit den nationalistischen Kriegstreibern als auch der Ursache der Verelendung Schluß zu machen. Die Ursache heißt Kapitalismus.

Ein Blick auf
Tetovo - die
Stadt im Zentrum
des Geschehens



HEUCHELEI DES WESTEN

Dem Imperialismus geht es nicht um Menschenrechte. Am liebsten wäre ihm ein "Einfrieren" des Balkans. Jede Veränderung birgt die Gefahr von Eskalation in sich. Werden NATO-Truppen in den militärischen Konflikt hineingezogen, kann dies zu einem unkontrollierten und "ungewollten" Krieg führen. Die Besetzung des Kosova und die anhaltende Krise ließ das Ziel der NATO offener zu Tage treten: Nicht nationale Befreiung, sondern Unterdrückung und zwangsweise "Stabilisierung". Die neue Parole heißt "UCK= Terroristen". Der Imperialismus wechselt seine militärischen Partner.

ABSPALTUNG ODER AUTONOMIE?

Eine staatliche Lösung kann manchmal ein Fortschritt sein. In diesem Fall würde eine Abspaltung des mehrheitlich albanisch bewohnten Nordwest-Teils um Tetovo unmittelbar zu einem Krieg mit überregionaler Sprengkraft führen. Den Interessen der AlbanerInnen würde die volle Gleichstellung (z.B. bei Sprache,

Zugang zu Ausbildung, Anerkennung als Staatsvolk) entgegenkommen. Das umfaßt auch das Recht auf Autonomie, wenn sie es wollen.

Die ArbeiterInnenbewegung muss sich von den Niederlagen erholen. Eine Wiederbelebung der großen jugoslawischen Tradition des Internationalismus ist möglich, wenn sie auch Hindernisse überwinden und Umwege in Kauf nehmen muß. Genauso wie Milosevic letzten Herbst von der serbischen Bevölkerung (und nicht von der NATO) gestürzt wurde, liegt auch die Befriedung des Balkans in den Händen der Massen.

★ Für den Aufbau einer multinationalen ArbeiterInnenbewegung

★ Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker

★ Für das Recht auf Selbstverteidigung und die Sicherstellung aller Minderheitenrechte

★ Gegen Nationalismus und Imperialismus

★ Für eine sozialistische Föderation der

Japan kommt nicht zur Ruhe

Das ganz normale Chaos

Während die US-Wirtschaft ihre Talfahrt fortsetzt, werden Parallelen zu Japan vor 10 Jahren gezogen. Damals platzte die Spekulationsblase des Aktienmarktes und führte zu einer noch anhaltenden Rezession.

DAVID GLÜCK, SLP WIEN MITTE

Unlängst gestand Japans Ministerpräsident Yoshiro Mori, wie teuer die 90er Jahre den JapanerInnen kamen: einem Betrag entsprechend dem zweifachen BIP.

Nach 2000 wurde es auch nicht besser. In den zehn Monaten nach Moris Amtsantritt fiel der Aktienmarkt um weitere 35%. Das schwache Wachstum von 2% im letzten Jahr löste Jubel über eine Erholung der Wirtschaft aus. Rasch zeigte sich, dass diese kurze Erholung nur durch die massive Unterstützung und Schönung von Statistiken der Regierung gewährleistet wurde, jedoch keine eigenständige Dynamik annahm.

Ein Rückgang des privaten Konsums (verantwortlich für 61% des BIP) ist auf Kürzungen bei Überstunden, Prämien und Gehältern zurückzuführen. Die Arbeitslosigkeit stieg auf den Nachkriegsrekord von 4,8%. Die irrationale Logik des Kapitalismus folgernd, steigt der Druck auf die ArbeiterInnen: 10000 Menschen sterben jährlich an Karoshi (Überarbeitung), Japans Selbstmordrate stieg 1998 um 35%.

DAS GRÖSSTE KEYNESIANISCHE PROGRAMM ALLER ZEITEN

Während der 90er setzte die japanische Regierung Gelder in der Höhe des italienischen BIPs ein, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln. Trotzdem lag die Wachstumsrate während der 90er bei jährlich schwachen 1,69%. Dafür stieg die Staatsverschuldung auf 140% des BIP (von 60% 1990).

Auszubaden muss dies natürlich die ArbeiterInnenklasse, in Form von Steuererhöhungen und Kürzungen bei Sozialleistungen. Die OECD rät nun, weitere 10% des BIP einzusparen, um die Situation zu stabilisieren, die Regierung plant "Reformen", die 25% aller Jobs im Öffentlichen Dienst vernichten werden. Auch das Wachstum im Bereich der "New Economy" (IT-Technologien und Elektronik) kann die Wirtschaft nicht retten, da es im Bereich der "Old Economy" (vor allem auf dem Gebiet des Automarktes) starke Rückgänge gibt. 40% der Autoproduktion werden in die USA verschiffen, die US-Wirtschaft hat nun selbst eine Flaupe. Auch im Bereich der New Economy ist ein Rückgang zu erwarten. Japan exportiert den grössten Teil

seiner IT-Technologien in andere asiatische Länder, die die verarbeiteten Produkte in die USA exportieren, also auch von der Wirtschaft der USA abhängig sind.

INSTABILE REGIERUNGEN

Auch die Politik steckt seit über zehn Jahren in der Krise: der jetzige Ministerpräsident ist nach Meinungsumfragen der bislang unbeliebteste, nicht zuletzt aufgrund seiner Verwicklung in Bestechungen. Korruption ist ein fixer Bestandteil der Politik. Eine wirkliche Alternative auf parlamentarischer Ebene zu den bestehenden Parteien, die die Interessen der ArbeiterInnen vertritt, existiert

nicht. Der häufige Regierungswchsel im letzten Jahrzehnt hat das deutlich gemacht. Die jeweilige Regierung ist nicht stabil, da sie alle dieselbe Politik verfolgen, im Sinne kapitalistischer Logik.

Das Bild vom glücklichen japanischen Arbeiter, der es liebt, sich für die Firma zu opfern, das uns lange vermittelt wurde, entspricht nicht der Wahrheit. JapanerInnen sind nicht die glückliche Arbeitsbienen, sondern genauso wie wir Menschen mit Bedürfnissen und Wünschen. Und deshalb sind die wirtschaftliche und politische Krise auch in Japan die Basis von steigender Unzufriedenheit und Wut.



Auch in Japan gibt es Obdachlose, auch in Japan gibt es Proteste, auch in Japan gibt es Polizeigewalt

Schluss damit!

Seit einigen Monaten sieht man/frau sie wieder: Rechtsextreme Jugendbanden, Nazi-Skinheads. In der Wiener U-Bahn, in Lokalen, auf der Straße. Vor allem in den Wiener Außenbezirken tut sich was. Für ein paar Jahre ist Wien glücklicherweise von diesem Problem verhältnismäßig wenig betroffen gewesen. Aber leider haben Rechtsextreme zur Zeit in ganz Österreich wieder Aufschwung.

PHILIPP FLEISCHMANN,
SLP
WIEN MITTE

Mitte der Neunziger Jahre (statistisch gesehen 1996) gab es einen Tiefpunkt an rechtsextrem motivierten Gewalttaten. Das hat einerseits mit den Verurteilungen nach dem Verbotsgebot zu tun. Die Köpfe der Szene wanderten zu dieser Zeit ins Gefängnis. Die Hauptorganisation der Neonazis (die VAPO) wurde zerschlagen.

Der zweite Grund ist eng verknüpft mit dem Erstarken der FPÖ. Durch ihren Aufstieg hat sie rechtes Gedankengut wieder salofähig gemacht und gleichzeitig für eine längere Periode das rechte und rechtskonservative Lager für sich kanalieren können. Die soziale Basis für Faschismus und seine Schläger-Schichten des frustrierten Kleinbürgertums – konn-

MIT JUGEND GEGEN RASISMS IN
EUROPA ZUR BEFREIUNGSFEIER INS
EHEMALIGE KONZENTRATIONSLAGER
MAUTHAUSEN:
Sonntag 6. Mai
Abfahrt 6.45 Wien-Westbahnhof
Fahrtkostenbeitrag: ab 50,-
Anmeldung unter: 01-524 63 10 oder
sap.mail@gmx.at

ten so an die FPÖ gebunden werden.

FEHLENDE ALTERNATIVE!

Denn die FPÖ und ihre rechtsextreme Ideologie war das einzige Gegenangebot zur schwarz/roten Regierung, die „ihr“ Geld aus der breiten Masse heraus“sparte“. Die Grünen boten nur an, dass sie statt der anderen die Sparpakte machen würden – etwas umweltfreundlicher und auch ein bisschen sozialer – versteht sich. Diese Monopolstellung nutzte die FPÖ weidlich aus und verbreitete

Ausländerhass, Frauenfeindlichkeit usw. Immer auf ihre Vorteile vertröstet, wenn die FPÖ erst an der Macht sei, beginnen sich nun die reaktionärsten Teile enttäuscht von ihr abzuwenden. Das Fehlen einer starken ArbeiterInnenbewegung und die weiteren sozialen Einschnitte bereiten den Boden für faschistische Schläger und das Ende dieser „ruhigen“ Periode.

WARUM KOMMEN JETZT WIEDER RECHTE SCHLÄGER?

Die FPÖ in der Regierung konnte die Hoffnungen der frustrierten Kleinbürger nicht erfüllen: Die Regierung betreibt ihren Sparkurs auf Kosten der mittleren und unteren Einkommensschichten. Denn auch wenn Haider sich immer wieder mit seinem Einsatz für den „kleinen Mann“ (Kleinbürger) profilieren möchte, so vertreibt die FPÖ noch grundsätzlich die Interessen des Kapitals – das ist der Spagat des Rechtspopulismus.

Trotzdem verschaffte die Angelobung der FPÖ-ÖVP Regierung den rechten Schlägern wieder Rückenwind: Jetzt sind unseure Leute am Ruder, jetzt kann uns keiner mehr was anhaben – das ist sicherlich die Stimmung unter vielen Neonazis. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Rechtsextremen fühlen sich ideologisch gestärkt, aber aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und sich neue, „rechte“ Führer aufzubauen.

Diese Entwicklung kann an vielen Beispielen gemessen werden – an den Nazi-Skins, die im Anschluss an eine FPÖ-Veranstaltung im Wiener Wahlkampf linke Jugendliche verprügeln (Vorwärts berichtete), an diversen Übergriffen auf MigrantInnen, aber auch nur durch die deutlich spürbare verstärkte Präsenz von offen auftretenden Rechtsextremen auf

In Deutschland marschiert der rechte Mob bereits wieder öffentlich auf den Straßen!

den Straßen. Organisierten Ausdruck findet diese Tendenz bisher nur in Vorarlberg. Dort treibt eine Gruppe des internationalen Verbands „Blood and Honour“ ihr Unwesen, überfiel diverse linke Lokale und versuchte, ein Naziband-Konzert zu organisieren – was durch Proteste linker Gruppen verhindert werden konnte. Das war ein wichtiger Schritt. Die Musik rechtsextremer Bands ist nämlich eine wichtige Einnahmequelle für die Nazi-Organisationen. Durch den Verkauf von CDs und die Veranstaltung von Konzerten finanziert sich ein Großteil der rechtsextremen Szene in Europa, allen voran „Blood and Honour“.

WAS TUN DAGEGEN?

Wir müssen uns organisieren, bevor sie sich organisieren. Dass die Nazi-Skins in den Neunzigern in Österreich in die Defensive gedrängt werden konnten hat nicht zuletzt damit zu tun, dass es organisierten Widerstand gab. Jugend gegen Rassismus in Europa – auf Initiative von Vorwärts gegründet – spielte dabei eine wichtige Rolle. Wo die Rechten öffentlich

auftraten, dort wurde und wird dagegen protestiert. So konnten wir die Tradition, dass Rechtsextreme Hitlers Geburtstag zum Anlass nahmen, randalierend durch die Wiener Innenstadt zu ziehen, durch alljährliche Demos zum Erliegen bringen. Bei der FPÖ kann eine derartige Taktik durchaus genauso gut aufgehen: Die SLP konnte während des Wiener Wahlkampfs durch eigene Kundgebungen Propagandaveranstaltungen der FPÖ verhindern.

Der Kampf gegen rechte Schläger wird

aber nur dann dauerhaft erfolgreich sein,

wenn der Kampf gegen die Ursachen für

die Existenz dieser Banden erfolgreich ist.

Es ist nötig, eine Alternative zur neoliberalen Politik der Regierung aufzubauen. Die parlamentarische Opposition hat in dieser Richtung nichts anzubieten. Sie unterstützt selbst die Logik des „Sparens“ auf Kosten der niedrigen Einkommensschichten und verspricht nur, es besser, ausgewogener zu machen. Auch wenn Rot-Grün besser wäre als Blauschwarz bietet es keine ausreichende Alternative. Diese Parteien vertreten

genauso Interessen des Kapitals, die SPÖ hat sogar jahrelang den Rassismus gefördert, indem sie ihn mit Abschiebungen, Quoten etc. legitimierte.

Nötig wäre eine Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen selbst. Die Arbeit der SLP soll ein Ansatzpunkt dafür sein, kann

SLP GOES WORLD WIDE WEB!

Du findest unsere website unter:



WWW.SLP.AT

Die Sozialistische LinksPartei – Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf

und Familie.

- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen

- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeitnehmerInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.